

TAZ, 29.10.2016

Ausstellung kommt später

Antisemitismus-Vorwurf

Islamwissenschaftler der Uni Göttingen wollen sich künftig verstärkt mit Palästina und dem Nahost-Konflikt beschäftigen. Den Anfang sollte ab Dienstag die Ausstellung „Die Nakba – Flucht und Vertreibung der Palästinenser 1948“. Das löste so heftige Kritik aus, dass die Ausstellung nun verschoben wird.

„Keine Bühne für Antisemitismus an der Uni Göttingen“, sagen etwa der Allgemeine Studierendenausschuss (Asta) und der Fachschaftsrat Sozialwissenschaften (FSR) und lehnen die geplante Ausstellung des Vereins „Flüchtlingskinder im Libanon“ ab. Die wurde schon in über 100 Städten gezeigt und sorgte bereits für Streit: Mit der Begründung, die Ausstellung laste „die Alleinverantwortung für die Vertreibung der Palästinenser den Israelis an“, hatte beispielsweise die Stadt Freiburg die Ausstellung abgesagt. An der Universität Göttingen ist sie nun auf Einladung der Islamwissenschaftlerin Irene Schneider zu Gast, die diese Kritik offenbar nicht teilt.

Mit Schneider waren die Sozialwissenschaftler in Göttingen schon oft aneinandergeraten, hatten ihr eine einseitige Sicht auf den Nahost-Konflikt vorgeworfen. Das Universitätspräsidium gibt sich davon unbeeindruckt: „Palästina und der Nahost-Konflikt“ sei ein neuer Forschungsschwerpunkt an Schneiders Institut, teilte die Pressestelle der Uni kürzlich mit. Die Ausstellung solle den Auftakt machen, begleitet von der Veranstaltungsreihe „Naher Osten, ferner Frieden“ – verantwortet von Schneider, dem Göttinger Strafrechtler Kai Ambos und der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft Göttingen.

Das hat den, aus verschiedensten linken Gruppen bestehenden Asta auf den Plan gerufen. Der Asta kritisiert nicht nur die Ausstellung, sondern auch, dass der Film „Gelobtes Land“ gezeigt werden soll. „Propaganda zulasten Israels“ sei dieser, zumal dort durchgängig von Israelis als „Juden“ gesprochen werde. Zwar sei auch der Publizist Rolf Verleger eingeladen, er diene aber als „jüdischer Kronzeuge, um sich vom Vorwurf des Antisemitismus freizusprechen“, so der Asta in einer gemeinsamen Pressemitteilung mit dem FSR.

Weil die Minderheit der Juden und Jüdinnen als kollektive Aggressoren dargestellt werden, fordern AStA und FSR vom Universitätspräsidium, die Veranstaltungen abzusagen. Absagen will die Uni nichts, denn nach Ansicht von Uni-Sprecher Romas Bielke thematisiere die Ausstellung „die kolonialen Wurzeln“ des Konflikts und in den Vorträgen gehe es um die „aktuellen rechtlichen und politischen Probleme“ - Antisemitismuskritik sei haltlos. Dennoch: Die Veranstaltungen sollen nun eine Woche später beginnen, um den Kritikern zu ermöglichen, auch ihre Position darzustellen.

HÖ

Christoph Höland